

2010-04-16

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 10.03.2010

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

### **Fraktion der SPD**

Eichelberg, Ingolf

### **Verwaltung**

Raschpichler, Gerd Dr., Beigeordneter für  
Gesundheit, Sozia

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister Koschig eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit (bei zunächst 9 Mitgliedern) des Gremiums fest.

#### **2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der vorgeschlagenen Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

#### **3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.01.2010**

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 27.01.2010 wurde mit 2 Enthaltungen genehmigt.

#### **4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurden folgende von Herrn Koschig genannten nicht öffentlich gefassten Beschlüsse gefasst:

- Die Beschlussvorlage „Weiterführung der Aufgabenwahrnehmung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ab dem 01.01.2011 auf der Grundlage des gegenwärtigen Rechtsstandes“ wurde zustimmend zur Kenntnis genommen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen.
- Ebenfalls für den Stadtrat zur Beschlussfassung wurde in einer Grundstücksangelegenheit die Zustimmung zur Belastung eines kommunalen Grundstückes vor Eigentumsumschreibung empfohlen.
- Der Haupt- und Personalausschuss fasste die Beschlüsse zur
  - befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen 2000 bis 2002, einschließlich steuerlicher Nebenleistungen für eine Gesellschaft und
  - unbefristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen 1999 und 2000 einschließlich steuerlicher Nebenleistungen für eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR).

## 5. **Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

Im Berichtszeitraum wurden keine Eilentscheidungen getroffen.

## 6. **Öffentliche Anfragen und Informationen**

### 6.1. **Stand zur Umsetzung "Neukonzeption Katastrophenschutz" in der Stadt Dessau-Roßlau sowie zum Stand der Maßnahme "Ausbau der alten Sattlerei" für die Katastrophenschutzkräfte des Deutschen Roten Kreuzes**

**Vorlage: DR/IV/011/2010/II-37**

Auf Nachfrage von **Herrn Giese-Rehm**, ob es richtig ist, dass der Bund ersatzlos die Kosten auf die Kommunen verlagert habe, bestätigte Herr Schneider, Leiter des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst, dies. Des Weiteren erläuterte **Herr Schneider**, der Bund hat zum 01.01.2010 die bisherigen Kosten anteilig auf die unteren Katastrophenschutzbehörden (Landkreise / kreisfreien Städte) übertragen, womit man in der Pflicht steht. Für die ostdeutschen Kommunen gelten auch keine Sonderregelungen.

**Herr Giese-Rehm** führte aus, seine Fraktion meldet hiermit ihren scharfen Protest an.

Ergänzend zu Punkt 2 der Vorlage informierte **Herr Schneider**, dass seitens der Stadt die Baugenehmigung für den Ausbau der alten Sattlerei vorbereitet und erteilt wurde. In der nächsten Woche könne in Absprache mit Herrn Busch begonnen werden. Weiterhin merkte Herr Schneider auf Anfrage von **Herrn Schönemann** an, welche Bedeutung die neuen Strukturen für die Kommunen haben. Es wurde in der Vorlage dargestellt, dass es nach der Beratung am 3.12. letzten Jahres einen neuen Aufstellungserlass geben soll, welcher aber noch nicht vorliegt. Die Fahrzeuge stehen in unserem Amt und es wird die weitere Entscheidung des Bundes erwartet, was aus ihnen wird. Auch die Restlaufzeiten der Fahrzeuge wurden noch nicht mitgeteilt. Die Organisationen würden damit nicht belastet, ergänzte **Frau Nußbeck**, die Stadt trage diese Belastung.

Hinsichtlich des ehrenamtlichen Personals in den Organisationen führte Herr Schneider weiter aus, man habe die Empfehlung ausgesprochen, den Helferbestand zu belassen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## **6.2. Information zur Untersuchung von Konsolidierungspotenzialen beim Flugplatz Dessau**

**Vorlage: DR/IV/017/2010/I-OB**

**Herr Schönemann** erklärte, es habe bei der öffentlichen Darstellung in der Presse eine irreführende Berichterstattung gegeben, die durch die Geschäftsführer der DVV richtig gestellt wurde. Diese hätte aber auf den vorderen Seiten der Zeitung erscheinen sollen, da auch die erhobenen Vorwürfe auf den ersten Seiten standen. Heute sprach Herr Schönemann der Geschäftsführung für ihre Arbeit seine Anerkennung aus.

Zu der öffentlichen Darstellung habe es keine Informationen durch die Verwaltung gegeben, betonte **Frau Nußbeck**, es war eine öffentliche Diskussion im Finanzausschuss. Auch im Bauausschuss, ergänzte **Herr Dr. Plettner**.

Seine Unzufriedenheit mit der Vorlage brachte **Herr Giese-Rehm** zum Ausdruck. Einige Dinge seien unzureichend oder missverständlich dargestellt. So sei nicht nachvollziehbar, welchen Bedarf es für eine Gaststätte am Flugplatz gibt. Insgesamt sei die Vorlage nicht zielführend und zu spät.

Es gehe um die Haushaltskonsolidierung und die Frage Schließung oder Optimierung des Betriebes, erklärte **Herr Koschig**. Vorliegende Untersuchungen zeigen, dass unter Maßgabe der Fortführung des Betriebes weitere Einsparungen nicht möglich sind. An in der Zukunft möglichen Dingen wird gearbeitet.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## **6.3. Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

- **Herr Dreibrodt** bezog sich in seinen Ausführungen auf die sog. „Blut- und Tränenliste“, zu der auch Herr Schönemann in der letzten Sitzung im Stadtrat eine Gegendarstellung zu dem von Herrn OB Gesagten abgegeben und gefordert hatte, ein Exemplar dieser Prüfliste an die Fraktionen zu geben. Danach gab es im Finanzausschuss fast einen Eklat und Herr Pätzold hatte erklärt, sich bei dieser Informationspolitik nicht mehr als Stadtrat erforderlich zu sehen. An Herrn OB Koschig gerichtet, warf Herr Dreibrodt ihm vor, an dieser Informationspolitik schuld zu sein. Er könne so nicht mit den Stadträten arbeiten. Da er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender die erneut geforderte Liste ebenfalls nicht kenne, fragte er, was damit ist.

Die Liste sei lediglich den Beigeordneten und ihm selbst bekannt gewesen, betonte **OB Koschig**. Es gebe unterschiedliche Möglichkeiten, zu einem Haushalt zu kom-

men. Über grundsätzliche Möglichkeiten wurde in der Interfraktionellen Runde gesprochen. Es bestand Einvernehmen, wie man sich einem Konsolidierungskonzept nähern kann. Nun würden durch die Fachämter die rechnerischen Werte überprüft, um zu einem Entwurf für das Haushaltskonsolidierungskonzept zu kommen. Es habe auch keine Zusage zur Übergabe der Prüfliste gegeben. Würde diese Liste übergeben, zerreiße man sich in einzelnen Diskussionen über Auffassungen. Allerdings gebe es auch schon Rückläufe der Prüfung, dass einige Vorschläge nicht möglich, zu kurz gegriffen oder nicht in vollem Umfang möglich sind. In der nächsten Woche erhalten die Dezernate erneute Prüfaufträge.

Die Pflicht eines Stadtrates besteht auch darin, zu reagieren, wenn man auf Tatsachen, die in der Presse stehen, angesprochen wird, führte **Herr Tonndorf** aus. Unbestritten sind Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich, richtig ist aber auch, dass hinsichtlich des Umfangs das Millionenloch nicht hausgemacht ist, sondern von außen aufgedrückt wurde. Der Stadtrat könne Maßnahmen nur zustimmen oder ablehnen, die Arbeit (Prüfung) muss innerhalb der Verwaltung erfolgen.

Das Gesagte wurde von **Herrn Giese-Rehm** unterstrichen. Bevor ein Ergebnis vorliegt, würde jede Diskussion unproduktiv sein. Er habe jedoch aus der öffentlichen Diskussion mitgenommen, dass bei einem Teil der Bürger angekommen ist, in welcher Situation sich die Stadt befindet. Es geht nicht mehr anders, als deutlich zu machen, dass es irgendwo wehtun wird.

Zu den Ausführungen von Herrn Koschig legte **Herr Schönemann** abweichend dar, dass in der Interfraktionellen Runde lediglich über die Vorgehensweise informiert wurde. Er sehe diese Runde lediglich als beratendes Gremium und fühle sich etwas instrumentalisiert. Diese Vorgehensweise ist wenig glücklich und gefährlich. Herr Schönemann erklärte, dass seine Fraktion in Zukunft an dieser Interfraktionellen Runde nicht mehr teilnehmen wird.

Weshalb die Prüfliste nicht ausgereicht wird, wurde gesagt, merkte **Herr Bönecke** an. Trotzdem erachte er es als geboten, dass nach Abarbeitung der Liste und der Diskussion in der OB-Runde die Liste mit den Stellungnahmen der Ämter den Fraktionen zur Kenntnis gegeben wird. Er erinnerte in dem Zusammenhang an den Vorschlag aus dem Stadtrat zum Konstrukt Museen, was bis heute nicht umgesetzt wurde.

Die Gesamtsituation betrachtend, befindet er sich ganz dicht bei Herrn Giese-Rehm, erklärte **Herr Kolze**. Er bat darum, in der Richtung weiter zu gehen, dass nach Prüfung der Liste sich Verwaltung und Rat zusammensetzen und Möglichkeiten für weitere Einsparungen suchen, auch wenn sie temporär wehtun.

Aus seiner Erfahrung als Stadtrat in Roßlau seit 1990 schätzte **Herr Tonndorf** das Instrument der Interfraktionellen Runde als gut ein. Diese fasste keine Beschlüsse, sondern es ging nur um Verfahrenswege in bestimmten Situationen.

Zur Interfraktionellen Runde in Roßlau äußerte sich **Herr Dreibrodt**, dass diese ganz anders funktionierte, nämlich als lockeres Treffen im Vorfeld des Haushaltes. Wie Herr Koschig dies nun in Dessau-Roßlau betreibt, sei nicht richtig. Für die Weichenstellung ist der Hauptausschuss zuständig. Er werde dafür sorgen, dass sich

auch die SPD-Fraktion nicht mehr an der Interfraktionellen Runde beteiligt.

In der Interfraktionellen Runde wurde informiert, wie vorgegangen werden soll, dass innerhalb der Verwaltung geprüft und dann die Politik mitgenommen wird, erklärte **Herr Rumpf**. Er könne daher die Aufregung nicht nachvollziehen.

Der Rat muss mit der Verwaltung im Gespräch bleiben, mahnte **Herr Kolze** an. Es gebe auch einen Unterschied zwischen dem Haushalt der Stadt Roßlau und dem einer kreisfreien Stadt. Sich als solchen Runden auszuschließen, bedeute, sich selbst zu beschneiden.

Seine Bedenken zielen dennoch auf die Verfahrensweise, merkte **Herr Schönmann** an. Sorgen bereiten ihm die Diskussionen zum Theater insbesondere dahingehend, dass Leistungsträger das Weite suchen. Hierauf betonte **Herr Kolze**, die Diskussionen schaden in erster Linie dem Theater. Es gibt einen Vertrag mit dem Land bis 2012 zur finanziellen Beteiligung. Das Land sei auch weiter bereit, das zu tun. Wenn Änderungen notwendig werden, werden sich die Vertragsparteien zu gegebener Zeit zusammensetzen.

Man darf nicht auf halbem Weg stehen bleiben, die Stadt Dessau-Roßlau spielt eine Oberzentrenrolle, führte **Herr Beigeordneter Hantusch** aus. Seiner Meinung nach fehle in der Interfraktionellen Runde die Aufforderung an die Stadträte, auch Vorschläge einzureichen. Er bitte weiterhin um Mitarbeit, um den Haushalt hin zu bekommen.

Hierauf entgegnete **Herr Kolze**, man habe sehr wohl deutlich gemacht, dass man bereit ist, den schwierigen Weg mitzugehen. Die CDU habe auch immer Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gebracht, welche aber nicht mehrheitsfähig waren. Wenn die Verwaltung bittet, den einen oder anderen schwierigen Weg zu gehen, werde man auch für diesen werben.

- **Herr Dr. Plettner** erinnerte an die Podiumsdiskussion im Brauhaus, in der auch der sog. „Bürgerhaushalt“ genannt wurde, also die Möglichkeit, alle Bürger an der Diskussion zu beteiligen. Aus diesem Grunde fragte er nach, ob es möglich wäre, eine Internet-Plattform und einen Ansprechpartner in der Verwaltung zu schaffen für schriftliche Vorschläge der Bürger. Dieser Weg werde von zunehmend mehr Kommunen eingeschritten.

Die Mehrarbeit in der Verwaltung sollte nicht Hinderungsgrund sein, erwiderte **OB Koschig**. Die Frage wäre, ob wir in der Lage wären, einen Bürgerhaushalt aufzustellen. Richtig ist, dass die Idee begeistert, mehr Leute in den Prozess einzubeziehen. Allerdings ist es die ureigene Aufgabe des Stadtrates, der Herr des Verfahrens ist, und nicht Thema eines Bürgerentscheides. Dennoch sei es ein interessanter Ansatz.

**Frau Beigeordnete Nußbeck** schränkte ein, dass sich diese Plattform nur auf den Verwaltungshaushalt beziehen könnte. Es müsse aber auch ein Vorlauf da sein. Rede man vom Investitionsprogramm, könnten Vorschläge aufgenommen werden. Eine derartige Liste ins Netz zu stellen, bevor die Verwaltung geprüft hat, wäre bedenklich. Auch müssten Alternativvorschläge gemacht werden, was ein Bürger so

nicht leisten könnte.

Er unterstütze es, den Gedanken aufzunehmen, erklärte **Herr Schönemann**. Wenn man so weit sei, dass es Sinn macht, sollte man sich gesondert mit dem Thema im Ausschuss beschäftigen.

Ein Bürgerhaushalt dient nicht der Einsparung, merkte **Herr Ehm** an und betonte, es sei Aufgabe des Stadtrates. Seines Erachtens würde der Vorschlag, bspw. das Waldbad zum „Schwimmen auf eigene Gefahr“ freizugeben, sicher nicht auf Ablehnung stoßen, entgegnete **Herr Dr. Plettner** und ergänzte, dass die Stärkung des Ehrenamtes auch ein Thema sei, um z. B. der Notwendigkeit der Schließung von Museum oder Bibliothek aus dem Wege zu gehen, indem Freiwilligen bestimmte Aufgaben übertragen werden.

**Herr Koschig** fasste zusammen, dass Einverständnis besteht, dieses Thema erneut aufzugreifen.

## 7. Beschlussfassungen

### 7.1. Aufhebung der Flugpausenzeiten für den Flugplatz Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/304/2009/I-12

Er lehne die Aufhebung der Flugpausenzeiten ab, erklärte **Herr Giese-Rehm**. Dabei sehe er nicht die Geschäftsflieger als das Problem, sondern die Hobbyflieger. Er könne nicht verstehen, warum die neue Regelung zur Stärkung des Flugplatzes führen soll und werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Für den Beschlussvorschlag warb **Herr Kolze** und merkte an, er glaube nicht, dass die Auswirkungen des Fluglärms derart sind, als Argument gegen die Vorlage relevant zu sein.

Als seine persönliche Meinung brachte **Herr Bönecke** seine Ablehnung zum Ausdruck. Er sehe die Angelegenheit als ehemaliger Altener, der noch immer eng mit dem Stadtteil verbunden ist, kritischer. Das Problem seien nicht die Starts und Landungen, sondern die Flugsportler, welche insbesondere am Wochenende über Stunden über dem Ort kreisen.

**Herr Koschig** erwiderte, dass diese Beschwerden aufgenommen wurden und das Problem seines Wissens abgestellt wurde.

Dieser Aussage schloss sich **Herr Schönemann** an und ergänzte, dass hier Einfluss durch die Flugplatzleitung genommen werden kann und auch wurde. Als Mitglied der Initiative des ökologischen Flugplatzes könne er mitteilen, dass viele Vorurteile ausgeräumt wurden und es aus der Ortschaft Kleinkühnau Zustimmung gibt.

Die Diskussionen gegen den Flugplatz erachte er für Dessau als Wiege der Weltluftfahrt als unwürdig, weshalb **Herr Ehm** den Antrag auf **Ende der Debatte** stellte.

Als Mitglied des Ortschaftsrates Kochstedt erklärte **Herr Pätzold** dessen Abstimmungsverhalten und betonte, dass man die Wirtschaftskraft Flugplatz nicht missen will.

Oberbürgermeister Koschig sprach der Flugplatz GmbH Dank für die geleistete Arbeit aus.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zu.

**Abstimmungsergebnis:** 7:3:0

**7.2. Änderung der haushaltstechnischen Zuordnung der Sportveranstaltungen aus steuerrechtlichen Gründen - Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben**  
**Vorlage: DR/BV/016/2010/V-41**

Erst aus der Begründung sei ihm klar geworden, dass sich der Beschlussvorschlag auf das Haushaltsjahr 2009 bezieht, merkte **Herr Giese-Rehm** an und bat, dies künftig bereits im Titel bzw. auf dem Deckblatt der Vorlage kenntlich zu machen.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

**7.3. Änderung der Zweckvereinbarung zur Durchführung der Notfallrettung mittels Notarzteinsetzfahrzeug und Rettungstransportwagen im Landkreis Wittenberg**  
**Vorlage: DR/BV/030/2010/II-37**

Als aktuelle Information gab **Herr Schneider** zur Kenntnis, dass der Kreistag für den Landkreis Wittenberg bereits am 01.03.2010 der Änderung zugestimmt hat.

Der Änderung der Zweckvereinbarung wurde einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

**7.4. Festlegung der Vertretung des Oberbürgermeisters**  
**Vorlage: DR/BV/035/2010/II-30**

**Herr Dr. Plettner** begrüßte ausdrücklich die vorgeschlagene Reihenfolge der Vertretung und würdigte, dass Herr Hantusch seine Mitgliedschaft in einer Partei nie über das Anliegen der Stadt insgesamt gestellt hat.

Auf die Einlassung von **Herrn Bönecke**, er verstehe die Regelung der Vertretung nicht verbunden mit der Wahl als Bürgermeister, stellte **Frau Beigeordnete Nußbeck** klar, dass mit der Festlegung der Reihenfolge der Vertretung automatisch derjenige Beigeordnete die Amtsbezeichnung Bürgermeister trägt, der den Oberbürgermeister als erster vertritt.

Der vorgeschlagenen Reihenfolge stimmte **Herr Kolze** ausdrücklich zu, merkte jedoch an, mit der noch nicht erfolgten Hauptwohnsitznahme in unserer Stadt durch Herrn Hantusch ein Problem zu haben. Diesem Kritikpunkt schloss sich ebenfalls **Herr Bönecke** an. Ein Bürgermeister ohne Hauptwohnsitz in der Stadt habe für ihn einen faden Nachgeschmack.

**Herr Schönemann** unterstützte die Aussagen seiner Vorredner und wies auf die zusätzlich auf Herrn Hantusch zukommenden Aufgaben hin, wobei er hoffe, dass Herr Hantusch diesen gewachsen ist.

Die Festlegung der Reihenfolge ist überfällig, merkte **Herr Giese-Rehm** an.

**Herr Tonndorf** teilte mit, nach der Veröffentlichung in der Presse habe er Anrufe von Mitgliedern des NEUEN FORUM erhalten, worin er gebeten wurde, hier Stellung zu nehmen, dass der vorgeschlagenen Reihenfolge der Vertretung zugestimmt wird, aber der Wunsch besteht, Herr Hantusch möge seinen Hauptwohnsitz nach Dessau-Roßlau verlegen.

**Herr Hantusch** merkte an, seinen Wohnsitz bereits in Roßlau, Rotdornweg, genommen zu haben. Er sei für sich und seine Familie auf der Suche nach einem Haus und habe bereits mehrere Makler angeschrieben und Kontakt mit einer Firma aufgenommen.

Der Haupt- und Personalausschuss gab mehrheitlich die Zustimmung zur Beschlussfassung der vorgeschlagenen Vertretungsreihenfolge im Stadtrat.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:2

**7.5. Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richter beim Sozialgericht Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: DR/BV/074/2010/II-30**

Seitens des Einreichers der Beschlussvorlage wurde durch **Herrn Fischer**, Rechtsamt der Stadt, die Bitte geäußert, nach der Zustimmung des Haupt- und Personalausschusses am heutigen Tage die Liste der Vorschläge zur Beschlussfassung im Stadtrat zu schließen. Hierzu wurde seitens der Mitglieder des Ausschusses Zustimmung signalisiert.

Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

**12. Schließung der Sitzung**

Es wurde wieder Öffentlichkeit hergestellt und die Sitzung geschlossen.

Dessau-Roßlau, 29.04.10

---

Oberbürgermeister Klemens Koschig  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schritfführer